

# Verbreitete Ängste

## Bulgarien kommt nur mühsam auf die Beine

*In wenigen Wochen finden in Bulgarien vorgezogene Parlamentswahlen statt. Ob sie einen Ausweg aus der verfahrenen politischen Situation in dem Balkanland eröffnen, ist zweifelhaft. Bulgarien teilt die Probleme aller postkommunistischen Staaten Europas, wobei es allerdings vor besonderen Schwierigkeiten bei der marktwirtschaftlichen Transformation steht. Die Bevölkerung blickt eher pessimistisch in die Zukunft. Die orthodoxe Kirche, Trägerin der nationalen Kultur, ist als Folge der „Wende“ vor fünf Jahren gespalten.*

Albanien ist das ärmste Land Europas, gefolgt von Makedonien, Bulgarien und Rumänien: So besagen es Analysen der Weltbank und anderer Institutionen, die noch darüber grübeln, welches Land denn nun den Rang des Zweitärmsten einnimmt. Sind es vielleicht doch die Bulgaren? Seit es sie gibt, waren diese stolz darauf, dem Leben nüchtern und optimistisch zu begegnen – und eben Nüchternheit und Optimismus scheinen ihnen derzeit abhanden gekommen zu sein. „Heute ist der Bulgare ein Pessimist“, schrieb Bulgariens führende Tageszeitung „Kontinent“ am 30. August 1994, „und empirische Umfragen bestätigen ihn darin auf eindeutige Weise“. Wie man die heimische Lage seit Jahresbeginn 1994 bewerte, wollte eine dieser Umfragen wissen, und die Ergebnisse waren wirklich eindeutig: Von den Befragten unter 30 Jahren gaben 11 Prozent an, die Lage habe sich verbessert und 83 Prozent, sie habe sich verschlechtert. Von den Befragten im Alter zwischen 31 und 50 Jahren gaben 4 Prozent an, die Lage habe sich verbessert und 95 Prozent, sie habe sich verschlechtert. Bei den Befragten über 50 Jahren waren es 3 Prozent, die sagten, die Lage habe sich verbessert und 92 Prozent, sie habe sich verschlechtert. Es geht weiter abwärts, so die einhellige Meinung, die nur hinsichtlich des Tempos der bulgarischen Talfahrt uneins war: Die „Verschlechterung der sozialen Lage“ werde „langsam“ verlaufen, meinten 32 Prozent, während rund 60 Prozent diese Entwicklung in „beschleunigtem Tempo“ erwarteten.

Fünf Jahre nach seiner „promjana“ (Wende) vom Spätherbst 1989 ist Bulgarien in einer schier hoffnungslosen Lage – innenpolitisch zerrissen, wirtschaftlich vor dem Aus, von indirekten Folgen des Kriegs in Ex-Jugoslawien aufs schwerste gezeichnet, vom Westen alleingelassen, von Europas Medien vergessen. Kann man das Leben dort nur noch mit Galgenhumor ertragen? „Wunderliches Land“, seufzte der Kommentator *Jurij Junischev* kürzlich, „in dem du entweder ein verrückter oder ein Staatsangestellter bist, wenn du kein Staatsangestellter bist, bist du Händler, wenn du nicht Händler bist, bist du Valutaschieber, wenn du nicht Valutaschieber bist, bist du Rentner, wenn du nicht Rentner bist, bist du ohne Arbeit, wenn du nicht ohne Arbeit bist, bist du ehrlicher Steuerzahler, wenn du nicht ehrlicher Steuerzahler bist, bist du ein unerreichbarer Millionär, bist du kein unerreichbarer Millionär, dann geht's dir wirklich schlecht, aber wenn's dir nicht wirklich schlecht geht, dann bist du verrückt“.

Nach alten Plänen sollten die Bulgaren schon eingangs der 60er Jahre ein Zehn-Millionen-Volk sein. Das waren sie nie, und heute sind sie davon weiter denn je entfernt. Positiv ist immerhin zu vermerken, daß seit dem Ende des Kommunismus in Bulgarien auch die Versuche aufhörten, aus dem Land mittels künstlicher Manipulationen – etwa der „Zwangsbulgarisierung“ der Türken nach 1984 – einen uniethnischen Nationalstaat zu machen. Heute darf sich in Bulgarien jeder zur Nationalität und Konfession seiner Wahl bekennen, was bei demographischen Untersuchungen zum Stichtag 4. Dezember 1992 das folgende Bild ergab (in Tausend): Bulgaren (7311), Türken (829), Zigeuner (257) und sonstige (75). Nach der gleichen Untersuchung sind 7,4 Millionen Bulgaren Christen und knapp über 1 Million Muslime; dazu kommen noch 21 Tausend „sonstige“.

### Probleme der wirtschaftlichen Transformation

Nach den jeweiligen Muttersprachen ist die Region um die Hauptstadt Sofia am bulgarischsten (97,2 bulgarisch), das südbulgarische Kyrdschali am türkischsten (66,5 türkisch). Kyrdschali weist auch den landesweit höchsten Anteil an Muslimen (74,6) auf, während das nordbulgarische Vidin die meisten Christen beherbergt (99,5). Geeint werden alle diese Menschen unterschiedlicher Nationalität, Sprache und Konfession durch ihre Ängste, die kürzlich in Repräsentativumfragen erkundet wurden. Was quält die Bürger Bulgariens am meisten? 39 Prozent nannten den Mangel an Gesetzen und Ordnung, 16 Prozent Kriminalität, 15 Prozent Arbeitslosigkeit, 12 Prozent Preise und Inflation und 9 Prozent Korruption.

Diese Ängste sind verständlich, wenn man sich z.B. die *Entwicklung der Kriminalität* in den letzten Jahren anschaut: Die Zahl der registrierten Delikte stieg zwischen 1991 und 1993 von 187163 auf 246791; die Schadenssumme betrug 1992 2,1 und 1993 schon 7,2 Milliarden Leva.

Wenn die Demographie ein Barometer des sozialen Klimas ist, dann deuten alle Trends auf dessen Verschlechterung: Daten, die im März 1994 bekanntgegeben wurden, besagen, daß die Geburtenziffern fallen, die Totgeburten dramatisch gestiegen sind (von 10,8 Promille 1989 auf 13,2 Promille

1992), Krebs- und andere unheilbare Erkrankungen enorm zugenommen haben, die ganze bulgarische Gesellschaft geringer und „älter“ wird. Und kurzfristig wird sich die Lage noch verschlechtern, denn die *Gesundheitsreform* kommt nur schleppend voran, weil die ihr zugedachten Mittel – aus dem Vermögen der alten Regimeparteien und -organisationen und aus der anlaufenden Privatisierung – noch nicht gesichert sind.

Die wichtigsten Wirtschaftsdaten des Landes weisen seit Jahren in die Richtungen, in die sie nicht weisen dürften, sollte der Alltag für die Bürger noch irgendeine Perspektive haben: Das Bruttosozialprodukt ging 1994 um 1 Prozent zurück (im Jahr zuvor betrug der Rückgang 3,5 Prozent); die Industrieproduktion sank 1994 um 4 Prozent (1993: 19 Prozent); die Inflationsrate belief sich 1994 auf 68,7 Prozent; die Arbeitslosenquote auf 18,2 Prozent.

Bulgarien kämpft mit denselben Problemen, die das ganze postkommunistische Osteuropas hat und die in seinem Fall durch die indirekte Isolation infolge des serbischen Embargos noch verstärkt werden: Eine ursprünglich zentralgeplante Staatswirtschaft, die wegen weggebrochener Märkte ohnehin in der Krise steckt, soll marktwirtschaftlich transformiert werden – was die bereits bestehende Arbeitslosigkeit in Höhen treibt, die soziale Unruhen befürchten lassen. Wie realisiert man das politisch entscheidende Ziel, die Marktwirtschaft, und wie hält man seine sozial abträglichen Folgen in erträglichem Rahmen? Das ist die Grundfrage, vor der *Renata Indshova*, seit Oktober 1993 Chef der bulgarischen „Agentur für Privatisierung“, steht. Die energische und hochqualifizierte Ökonomin hat es darüber hinaus mit drei Detailproblemen zu tun, die sie im Februar 1994 in einem Interview verriet: Zum ersten „will niemand die Eigentumsverhältnisse ändern“, zum zweiten „gibt es im Land nicht viel freies Geld, das auf seine Anlage wartet“ und zum dritten hat sich eine Art „Nomenklatur“ der Privatisierungsbereiche ergeben – Tourismus gut, Nahrungsmittel- und Leichtindustrie interessant, Elektronik „tabuisiert“ und Schwerindustrie offenkundig gar nicht im Gespräch.

Daß da manches nicht stimmt, gab Ende 1993 auch der Ministerpräsident, der international angesehene Wirtschaftshistoriker *Ljuben Berov*, zu: Eine unzureichende Gesetzgebung verlangsamte die Privatisierung und verschreckte ausländische Investoren, während bulgarische Investoren lieber die besseren Möglichkeiten im Handel wahrnehmen als Produktivinvestitionen mit zweifelhaften Aussichten zu riskieren. Gesetzesnovellierungen und eine industrielle Strukturreform sollen Abhilfe schaffen, beginnend mit einer sechsmonatigen Prüfung der Großbetriebe auf ihre Lebensfähigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Seit Dezember 1992 war Berov im Amt – seit dem 2. September 1994 ist er es nicht mehr; zermüht von einem Herzinfarkt und sechs Mißtrauensanträgen bot er den Rücktritt seiner Regierung an, der mit 219 gegen vier Stimmen akzeptiert wurde. „Wir hatten versucht, eine Balance zwischen Marktreformenten und der Notwendigkeit, deren Belastungen

für die Bevölkerung zu erleichtern, zu erreichen“, erklärte Berov. Genau das hatte er nicht erreicht, da doch zwei Drittel der Bulgaren unterhalb der Armutsschwelle leben; dennoch kam seine Resignation im Moment des praktisch einzigen Erfolgserlebnisses dieser Regierung: Sie hatte erfolgreich Verhandlungen mit westlichen Gläubigern beendet und dabei Bulgariens *Auslandsverschuldung* von 9,3 Mrd. Dollar um 47 Prozent reduziert; sie hatte außerdem mit Russen und Griechen die Finanzierung einer Pipeline vereinbart, die vom griechischen Hafen Alexandroupolis zum bulgarischen Hafen Burgas führt und von dort mit Tankern über das Schwarze Meer bis ins russische Novorossijsk weitergeht. Diese Abmachung wird zwar den ökonomischen Einfluß Rußlands in der ganzen Schwarzmeer-Region steigern, ist aber für Bulgarien lebensnotwendig.

### Ein jahrelanges politisches Verwirrspiel

Mit Berovs Rücktritt ging ein jahrelanges Verwirrspiel in Bulgarien zu Ende: Eigentlicher Träger des postkommunistischen Neuanfangs war die „Union der demokratischen Kräfte“ (UDK), ein loser Verband von Parteien und Organisationen, der ursprünglich von dem heutigen Staatspräsidenten *Shelju Shelev* geführt worden war. Die UDK gewann 1991 die Wahlen und stellte mit *Filip Dimitrov* den Premier; ein Jahr später zerstritt sie sich und verlor die Unterstützung der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS), der Partei der bulgarischen Türken, was die UDK auch um die Macht brachte. Das entstandene Vakuum füllte Shelev, längst uneins mit der UDK, durch die Ernennung der parteilosen „Experten-Regierung“ auf, die im Parlament von der „Bulgarischen Sozialistischen Partei“ (BSP), den ehemaligen Kommunisten, unterstützt wurde. Damit war eine Lage gegeben, die im Grunde niemanden befriedigen konnte, am wenigsten ausländische Investoren: Bis zum Machtantritt Berovs waren im Lande 220 Mio. Dollar investiert worden – bis zu seinem Rücktritt kamen gerade noch bescheidene 80 Mio. hinzu.

Nach Berov kam es in Bulgarien zunächst zu einer sechswöchigen Hängepartie, weil weder UDK noch BSP die Regierungsstaffette übernehmen wollten. Diese Krise hat Shelev temporär dadurch überwunden, daß er für den 17. Dezember 1994 vorgezogene Parlamentswahlen (die regulär erst im Oktober 1995 angestanden hätten) ausschrieb und eine Übergangsregierung unter der 41jährigen *Renata Indshova* einsetzte: Erstmals in der bulgarischen Geschichte ist eine Frau Regierungschefin.

Viel Zeit für tiefgreifende Veränderungen wird Frau Indshova nicht haben, aber vielleicht übernahm sie ihr Amt ja zu einem glücklichen Moment. Wie es aussieht, wird gegenwärtig das internationale Embargo gegen „Rest-Jugoslawien“ (Serbien und Montenegro) gelockert und eventuell ganz aufgehoben – womit auch Bulgarien eine erdrückende Last los wäre. Nach vorsichtigsten Schätzungen hat das Embargo,

das für Bulgarien eine Blockierung seiner wichtigsten Verkehrswege nach Norden bedeutete, dem Land bislang Verluste von 3,6 Mrd. Dollar eingebracht, ohne einen Pfennig Kompensation. Seit Jahren bemüht sich Präsident Shelev vergeblich, im Westen wenigstens Verständnis für die verzweifelte Lage seines Landes im Windschatten westlicher Beschlüsse zu wecken – nicht einmal konsultiert wurden die Bulgaren, wenn es um neue Maßnahmen gegen Belgrad ging. Während seines inoffiziellen Bonn-Besuchs im September 1994 wurde ihm lediglich bedeutet, daß Deutschland am Bau neuer Verkehrswege auf dem südlichen Balkan und neuer Brücken über die Donau „interessiert“ sei.

Erheblich schwieriger wird sich die marktwirtschaftliche Transformation Bulgariens gestalten. Die entsprechenden Gesetze liegen seit Juni 1993 vor, aber es rührt sich wenig, und dafür gibt es ein Bündel von Ursachen: Das Prinzip hatte man von den Tschechen abgeschaut, nämlich jeden volljährigen Bürger mittels Bons (im Gesamtwert von 25000 „Investitions-Leva“) an der Privatisierung zu beteiligen – aber den Menschen fehlen die Mittel und wohl auch die Einsicht dazu. Zudem herrscht Verwirrung, was eigentlich privatisiert werden soll. Im ganzen Jahr 1993 wurden lediglich 88 Betriebe privatisiert, und im Juni 1994 wurde eine Liste von 500 Betrieben bekannt – Hotels, Transportorganisationen, Textil- und Chemiewerke etc. –, von denen 130 Gewinn (von bescheidenen 340,7 Mio Leva), 370 aber herbe Verluste (von 8,59 Mrd. Leva) machten. Hier könnten im Grunde nur ausländische Käufer auftreten, aber die sind durch die unklaren politischen und die hinderlichen wirtschaftlichen Verhältnisse verschreckt. Gewinntransfer ist kaum möglich, Immobilienkauf auch nicht, Kredite sind für die Betriebe nicht zu erwarten.

Die Folgen all dessen liegen auf der Hand: Die westlichen Investitionen im postkommunistischen Osteuropa stellen insgesamt nur einen Bruchteil der Mittel dar, die z.B. in Deutschland aus den „alten“ in die „neuen Bundesländer“ fließen; diese relativ geringen Investitionssummen fließen zudem zu 80 Prozent nach Polen, Ungarn und in die Tschechische Republik. Für Bulgarien bleibt da so gut wie nichts – während es in Polen z.B. 14000 Joint Ventures gibt, sind es in Bulgarien gerade etwas über 1000. Als einziger westlicher Großkonzern hat sich „Siemens“ in Bulgarien engagiert, mit gerade einem Prozent seines Gesamtumsatzes in Osteuropa!

## Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus

Quo vadis, Bulgarien? Die Stimmung scheint bei den „Preußen des Balkans“ ganz „unbulgarisch“ schlechter zu werden: Umfragen vom Ende September 1994 besagten, daß der Anteil der Verteidiger der „Demokratie um jeden Preis“ bei knapp über 50 Prozent liegt, während die Befürworter einer „festen Hand in der Leitung Bulgariens“ etwa gleich hoch liegen. Es geht um eine „feste Hand“ gegen die sich (angeblich) ausbreitende Korruption und Verfilzung, die

# Das Taschenbuch mit Linie



**Band 4330, DM 16,80  
öS 131,-/ SFr 17.80**

Glücklich-Sein kann man üben. Heitere und zugleich tiefe Texte eines großen Lehrers.



**Band 4333, DM 16,80  
öS 131,-/ SFr 17.80**

Eine Europäerin erlebt ein Stück tibetischen Alltags. Eine spirituelle Grunderfahrung.



**Band 4328, DM 12,80  
öS 100,-/ SFr 13.80**

Brigitte bringt ihr Kind tot zur Welt. Sie lernt damit zu leben. Ein Tabuthema wird ehrlich angepackt.



**Band 4329, DM 12,80  
öS 100,-/ SFr 13.80**

Sachkundige und laienverständliche Information über die wichtigsten Atemwegserkrankungen.



**Band 4318, DM 14,80  
öS 116,-/ SFr 15.80**

Die wesentlichen Texte Kings, die seinen hoffnungsvollen Traum begründen.



**Band 4320, DM 14,80  
öS 116,-/ SFr 15.80**

Geschichten der betroffenen Frauen und der Männer, die unsere Nachbarn sein könnten.

**HERDER / SPEKTRUM neu im Dezember**

Das aktuelle Taschenbuch-Gesamterzeichnis erhalten Sie kostenlos bei: Verlag Herder, Frau Thomann, 79080 Freiburg

laut Umfragen 45 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen glauben lassen, daß man nur noch über „Bekanntschaften und Verbindungen“ zu einem angemessenen Arbeitsplatz kommen kann. Rund 18 Prozent der Menschen meinen, daß erst nach fünf bis zehn Jahren eine Verbesserung der allgemeinen Lage eintreten wird, 42 Prozent aber rechnen mit „mehr als zehn Jahren“.

Das ist exakt jene desillusionierte, desorientierte Befindlichkeit, die bereits in Ungarn und Polen zur Machtergreifung „linker“ Regierungen führte. Und es müßte bei den Dezember-Wahlen ein kleines Wunder geschehen, wenn ähnliches nicht auch in Bulgarien eintreten sollte. Umfragen vom Ende September, die die berühmte „Sonntagsfrage“ stellten, wiesen zunächst einen hohen Anteil von über 40 Prozent Frustrierter aus, die sich als Nichtwähler (22 Prozent), Unge- wisse (10 Prozent) oder Schweigsame (8,9 Prozent) darstellten. Über die in Bulgarien bestehende Vier-Prozent-Hürde würden demnach nur vier der (ungezählten) Parteien gelangen: BSP, UDK, DPS und die sogenannte „Moser“-Gruppe der „Bulgarischen Nationalen Agrar-Union“ (BZNS).

Alle Umfragen stimmen in drei Punkten überein: Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten wird nicht zur Urne gehen, das „zweipolige Modell“ wird sich so verändern, daß die „Blauen“ (=UDK) an Stimmen verlieren und die „Roten“ (=BSP) deutlich hinzugewinnen.

Wie wird sich dieses absehbare Resultat auf die Position Präsident Shelevs auswirken? Noch genießt er höchste Popularitätswerte, aber zum Jahresende könnten ihn die Konsequenzen eines gewagten Polit-Pokers einholen, den er im April 1994 startete. Während eines Besuchs in London und nach seiner Rückkehr erklärte er, das Problem Bulgariens liege nicht in der angeschlagenen Gesundheit des Premiers Berov, sondern darin, daß die Regierung insgesamt „krank“ sei: „Sie hat einfach zuviel zur Unterstützung der BSP getan und sich nicht an ihr erklärtes Reformprogramm gehalten – selbst mit dem Risiko, vom Parlament gestürzt zu werden.“ In aller Öffentlichkeit entzog der Präsident der Regierung seine Unterstützung, wobei er dramatische Worte fand: „Wenn eine amtierende Regierung gefährlich für den bürgerlichen Frieden und für die Stabilität des Landes wird, kann ich nicht gleichgültig bleiben. Hier stehen die nationale Sicherheit und die Stabilität Bulgariens auf dem Spiel.“ Dabei hatte Shelev kaum übertrieben: Reformen kamen in der Tat nicht voran, die Devisenreserven waren bis fast auf das kritische Minimum von 600 Mio. \$ aufgebraucht. Unter diesen Umständen forderte der Präsident dazu auf, die Zwistigkeiten seit 1992 zu vergessen und eine neue nichtkommunistische Regierung aus UDK und verwandten Gruppen zu bilden.

Wie ernst meint Shelev seine Forderung? Seit Sommer 1993 ist es ein offenes Geheimnis, daß er von einer neuen „zentristischen“ Partei träumte, die mit der dazu nötigen Stärke Bulgarien aus der Krise führte. Weil aber UDK und BSP die Parteienlandschaft majorisieren, war real an eine „zentristische“ Kraft nicht zu denken. Also mußte Shelev die großen

Parteien gegeneinander ausspielen und die zerstrittene, aufgesplitterte UDK in eine neue Koalition zwingen, indem er Schreckensvisionen einer westlichen Abkehr von Bulgarien entwarf, sollte die BSP an die Macht kommen. Was damals noch als Horror-Szenario erschien, mutet mittlerweile als Realitätsbeschreibung an; die Frage ist nur, ob sich der Westen von einem „links“ regierten Bulgarien abwenden würde, nachdem er quasi-kommunistische Regierungen in Ungarn und Polen toleriert.

## Bulgarien auf dem Balkan

Bulgarien war das erste Land der Welt, das die benachbarte Republik *Makedonien* anerkannte; das war eine bemerkenswerte Selbstüberwindung, nachdem seit über 120 Jahren (fast) alle bulgarischen Regierungen erklären, daß „Makedonien“ ein geographischer Begriff für eine westbulgarische Region sei, wo Bulgaren lebten und wo man bulgarisch spreche. So weit, so gut.

Aber dann griff doch jene urbalkanische Infantilität wieder Raum, die durch ihre Fixierung auf nationalhistorische Mythen überall dort Probleme schafft, wo es absolut keine geben dürfte. Anstatt mit der Anerkennung durch Bulgarien zufrieden zu sein, forderte Makedonien nun eine „Anerkennung“ der makedonischen Nation und ihrer Sprache – als ob es jemals eine Nation oder Sprache gegeben hätte, die von anderen in ihrem Bestand förmlich „anerkannt“ worden sei. Nationen und Sprachen bestehen, oder sie bestehen nicht – von „Anerkennungen“ kann da überhaupt keine Rede sein, und wer eine solche „Anerkennung“ einfordert, bezeugt nur eigene Defizite an nationaler Affirmation.

Etwa in diesem Sinne hat Präsident Shelev das Skopjer Ansinnen auch zurückgewiesen, und damit hätte die Sache eigentlich ausgestanden sein sollen. Sie war es aber nicht, denn nun begann in Bulgarien die alte Debatte um den „bulgarischen“ Charakter Makedoniens erneut, und sinistre Umfragen wiesen etwa aus, daß 33 Prozent der Bulgaren der Meinung waren, eine Anerkennung einer makedonischen Sprache werde die Lage auf dem Balkan ändern, 38 Prozent der gegenteiligen, 29 Prozent keiner Meinung waren.

Die Folgen dieser sinnlosen Debatte sind desaströs für alle Beteiligten – man holt wieder alte Landkarten, alte Argumente, alte Vorwürfe hervor und gewinnt nichts damit. Zwei aufs engste verwandte, aber nicht identische Völker entzweiten sich, wo die Erkenntnis des Gewinns aus ethno-kultureller Nähe mehr als nur eine regionalpolitische Klima-verbesserung wäre: Makedonien leidet unter griechischer Obstruktion, die die kleine Republik seit Jahresbeginn mit einem einseitigen Embargo blockiert und EU und UN in Botmäßigkeit gegen Makedonien zwingt. Bulgarien sieht sich seinerseits einem Druck islamischer Fundamentalisten aus der Türkei ausgesetzt, die mit Emissären und phonstarken Radiosendern das Land unter ihren Einfluß zu bringen suchen. Hinzu kommt der von Athen mit *Albanien* (laut

griechischer Meinung: „Nord-Epirus“) vom Zaun gebrochene Streit, bei dem sich der albanische Präsident *Sali Berisha* an *Shelju Shelev* wandte, um die traditionell guten Beziehungen zwischen Bulgarien und Griechenland für eine Beilegung der Athener Aggression gegen Albanien zu nutzen.

Ob es in diesem Zusammenhang von Präsident *Shelev* klug war, seine bekannte Russophobie erneut zu artikulieren – zum 50. Geburtstag der sowjetischen Besetzung Bulgariens am 9. September 1944 –, mag er selber wissen. Natürlich hat die traditionelle Russophilie der Bulgaren das Eindringen des sowjetischen Stalinismus in Bulgarien erleichtert, und insofern hat der bulgarische Präsident recht, wenn er die mentale Abkehr der Bulgaren von Moskau als Voraussetzung ihrer Hinwendung zum Westen seit Jahren einfordert. Nur: der Ton macht auch hier die Musik, und das heutige Moskau ist nicht mehr das der Stalinisten *Breshnew & Co.*, sondern ein gewichtiger Partner des Westens. Auch das sollte man in Sofia hin und wieder bedenken, selbst wenn man sich über Moskaus Botschafter *Avdeev* geärgert haben sollte, weil dieser den Jahrestag zu einer pompösen Feier in der bulgarischen Hauptstadt nutzte und dabei die Unterstützung der bulgarischen „Gesellschaft Ewige Freundschaft“, Nachfolgeorganisation der früheren „Gesellschaft für bulgarisch-sowjetische Freundschaft“, gewann.

## Christliches Bulgarien?

Bulgarien entstand Mitte des 7. Jahrhunderts – europäisch wurde es im Jahre 864 n. Chr. durch seine Christianisierung, die von König Ludwig dem Deutschen im freundschaftlichen Bündnis mit dem bulgarischen Herrscher *Boris I.* sehr klug „gemanagt“ worden war. Daß das Land dann nicht nach Rom, sondern nach Byzanz tendierte, wurde damals als politische Notwendigkeit toleriert. Immerhin bekam Bulgarien so seine orthodoxe Kirche als nationale Kirche, die den Bulgaren die ethno-kulturelle Kontinuität über 500 Jahre osmanischer Fremdherrschaft sicherte. Selbst die bulgarischen Stalinisten erkannten stets an, daß Bulgarien und Bulgaren überhaupt nur dank der orthodoxen Kirche noch existent waren.

Sind die Bulgaren christlich-orthodox? Selbst in den schwersten Zeiten des Kommunismus bekannten sie sich zu einem guten Viertel zum Glauben ihrer Väter (und mit dem Nachweis dessen startete eingangs der 60er Jahre die sehr aktive bulgarische Religionssoziologie). Heute bekennen sich mindestens zwei Drittel der Bulgaren zu ihrer nationalen Kirche, und damit bekommt diese ein (potentiell) politisches Gewicht.

Wenn das Christentum der geistige Antipode des Kommunismus ist, muß dann nicht die Mehrheit der Bulgaren für die SDS als den erklärten Gegner der „kommunistischen“ BSP stimmen? Solche vordergründigen Fragen werden seit dem Frühjahr 1994 aufgeworfen, als es nur noch eine Frage der

Zeit war, wann in Bulgarien Neuwahlen ausgeschrieben werden würden.

„*Boshe, pasi Bylgarija*“ (Gott, schütze Bulgarien) – dieser Satz, ein Imperativ, war früher auf dem Rand bulgarischer Münzen eingepreßt. Vermutlich wird er nicht wieder dorthin kommen, obwohl die Bulgaren zu Gott zurückgefunden haben: Nur zwei Prozent von ihnen meinen, so Umfragen vom März 1994, es gebe im Lande „keine religiösen Freiheiten“. Schon vor Jahren hat Bulgarien *Johannes Paul II.* zu einem Besuch eingeladen, aber bislang ist der katholische Oberhirte noch nicht gekommen. 1994 werde er allem Anschein nach erst recht nicht kommen, vermutete die Zeitung „*Novo slovo*“ (=Neues Wort, ein der UDK nahestehendes Blatt) am 1. Februar 1994: Er würde in ein politisch aufgewühltes Land reisen und eben damit seinen Besuch belasten; vor allem aber würde der Papst einer zutiefst gespaltenen bulgarischen orthodoxen Kirche (BOK) begegnen, in der sich höchste Würdenträger so unversöhnlich bekriegen, daß selbst ein Vermittlungsversuch von Präsident *Shelev* scheiterte.

Das Schisma begann im Frühjahr 1992 mit Angriffen der Metropolen *Pimen* (Nevrokop), *Pankratij* (Stara Zagora) und *Kalinik* (Vraca) sowie neuer Organisationen wie des „Kirchlich-bürgerlichen Komitees“, der „Bewegung für die Erneuerung der BOK“ und der „Union der Kirchenvorstände“ auf Patriarch *Maksim* und seine engsten Mitarbeiter, die alle „illegal“ tätig seien, da sie noch vom kommunistischen Regime eingesetzt worden seien. Diese reagierten mit der Absetzung der drei Metropolen, die daraufhin einen eigenen „Synod“ bildeten und mit ihren zahlreichen Anhängern die Spaltung der BOK vollzogen. Seither wechseln Einigungsversuche und Rücktrittsforderungen (an die Adresse *Maksims*) einander ab, und der Streit geht weiter.

Ginge es nur um interne Auseinandersetzungen in der BOK-Hierarchie, wäre die Sache wohl nicht so schlimm; tatsächlich aber hat sie doppelt negative Folgen: Zum einen ist die Wirksamkeit der nationalen Kirche der Bulgaren so gemindert, daß wichtigste Fragen – Jugendarbeit, Wiedereinführung des Schulfachs Religion, Restauration von Kirchen und Klöstern etc. – einfach nicht erledigt werden können. Zum zweiten ist die kirchliche Autorität extrem geschwächt, und dieses Vakuum machen sich Dutzende sinisterer Sekten zunutze, die Bulgarien mit den gefährlichsten Folgen überschwemmen, so daß die kirchliche Situation ein Spiegelbild der innenpolitischen ist, wo infolge schwindender Autorität staatlicher Instanzen eine Hochkonjunktur der organisierten Kriminalität aufkam.

Die Folgen spüren auch die kleineren christlichen Kirchen in Bulgarien, unter ihnen die katholische Kirche (ca. 60000 Gläubige), die große Probleme hat, die vom Gesetz verfügte Rückgabe von über 100 Besitztümern zu realisieren – angeblich seien diese bereits 1955 vom Staat gekauft und ordentlich bezahlt worden. Der bulgarische Botschafter beim Vatikan, *Kiril Maritschkov*, warnte eindringlich vor solchen

Manövern, da diese „die gerade eben verbesserten Beziehungen zwischen dem Vatikan und Bulgarien schlagartig verschlechtern und der Vatikan negativ auf die öffentliche Meinung anderer katholischer Länder in Europa gegenüber Bulgarien einwirken könnten“. Der päpstliche Nuntius in Bulgarien, *Mario Rizzi*, äußerte sich zu der Affäre nicht. Vielleicht vertraut er auf die Wirkung des Katholizismus, die

sich bei bulgarischen Orthodoxen in Ansätzen zeigt: Dank der bewahrten Autorität der katholischen Kirche habe Polen den „normalsten“ Übergang zu postkommunistischen Verhältnissen geschafft (heißt es in den bulgarischen Kommentaren), und ganz allgemein gelte der Satz des russischen Religionsphilosophen Berdjajev: „Die orthodoxe Kirche soll von der katholischen lernen.“

*Wolf Oschlies*

# Auf dem Weg zur Normalisierung?

## Politische, wirtschaftliche und kirchliche Probleme in Sri Lanka

*Durch den Sieg der bisherigen Opposition bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen hat sich in Sri Lanka ein Machtwechsel vollzogen. Schwerste Hypothek des Inselstaates ist nach wie vor der Konflikt zwischen singhalesischer Mehrheit und tamilischer Minderheit. Im Norden des Landes hat sich unter Führung der „Tamil Tigers“ de facto ein Staat im Staate etabliert. Auch in der katholischen Kirche Sri Lankas machen sich die Spannungen zwischen den Volksgruppen bemerkbar.*

Die Entscheidung für den politischen Wandel in Sri Lanka, der sich bei den Parlamentswahlen im August 1994 angezeigt hatte, als die Opposition unter *Chandrika Kumaratunga* knapp die Mehrheit gewann, setzte sich eindrucksvoll fort bei der Präsidentenwahl am 9. November. Durch das Attentat auf *Gamini Dissanayake* von der „United National Party“, der am 24. Oktober zusammen mit über 50 anderen Personen ums Leben kam, schien die Durchführung der Präsidentenwahl für kurze Zeit gefährdet. Die mutmaßliche Absicht der Attentäter, den Normalisierungsprozeß in Sri Lanka zu stoppen, ging jedoch nicht auf, da im Einvernehmen zwischen Regierung und Opposition am ursprünglichen Datum 9. November festgehalten wurde. Am Ende gewann Ministerpräsidentin *Kumaratunga* mit 62 Prozent der Stimmen die Präsidentenwahl klar gegenüber der Kandidatin der Oppositionspartei, *Srima Dissayanake*, die es auf 38 Prozent brachte.

### Die Parlamentswahlen als Wendemarke

Für den Rückhalt der neuen Regierungspartei in der Bevölkerung spricht weiter, daß die Wahlbeteiligung mit 75 Prozent für die gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Sri Lanka sehr hoch lag. Noch bei keiner vorausgegangenen Präsidentenwahl hat es ein so eindeutiges Votum für einen der Kandidaten gegeben, wie es jetzt Frau *Kumaratunga* verzeichnen kann. Es muß sich jetzt zeigen, ob die Worte der Siegerin: „Wir sind am Ende des dunklen Tunnels angelangt und können nun einer Ära der Freiheit und des Lichts entgegengehen“, in Erfüllung gehen. Frau *Kumaratunga* sieht in dem Wahlergebnis auch eine klare

Unterstützung ihres bisher gegenüber den tamilischen Rebellen eingeschlagenen Weges zur Versöhnung.

Von 1977 bis 1994 regierte in Sri Lanka die „United National Party“ (UNP) ununterbrochen. Ihre Politik der Liberalisierung hat die Wirtschaft des Landes im großen Maße umstrukturiert. Durch die Errichtung von großen Freihandelszonen wurden viele ausländische Investoren angezogen und für viele Menschen neue Arbeitsplätze geschaffen. In den beiden Wahlkämpfen für das Parlament und um das Präsidentenamt in den letzten Monaten ging es daher auch um die Frage, ob die *sozialen Kosten*, die diese Entwicklung begleiteten, durch die wirtschaftlichen Erfolge aufgewogen werden. Es versteht sich, daß die United National Party die positiven Seiten herausstellte. Zu den positiven Ergebnissen dieser Wirtschaftspolitik rechnet sie, daß die einseitige Abhängigkeit Sri Lankas von wenigen Plantagenprodukten, vorrangig Tee, aber auch Kautschuk und Kokosnußprodukte, abgebaut werden konnte.

Der andere Aktivposten ist das große Anwachsen des *Tourismussektors* in den Anfangsjahren der neuen Wirtschaftspolitik. Allerdings hat der fortdauernde Bürgerkrieg die großen Erwartungen auf ein ständiges Wachstum des Tourismus gedämpft. Hinzu kommt noch, daß gerade auf diesem Sektor die negativen sozialen Folgen am stärksten sichtbar wurden. Phänomene wie das Anwachsen von Prostitution, besonders von Homosexualität mit Kindern, und die Zunahme von Rauschgiftdelikten machten die Schattenseiten des Tourismusbooms nur zu deutlich.

Die starke zentrale Führung durch die im Präsidentenamt gebündelte Macht hat das politische Klima nachträglich in Richtung einer absolutistischen und willkürlichen Machtausübung verändert. Begleitumstände dieser Machtkonzen-